Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. – Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Blatt, Frauen- und Kurstis, Leben im Bild, Sport-Warte, Radio-Zeitung, Modebuch, Blatt aller und neuer Zeit, Roman-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt bei frei Haus monatl. M 1.80, durch Austrägerin monatl. M 2.–. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Bezugspreis. Druck: Clemens Lankpref Nachf., Dresden-Pirnaisch. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, kann wir ohne Verantwort. keg. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
87. Jahrgang

Anzeigen werden die 6gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sätzen werden mit 20% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs b. Auftraggeber.

Rücktritt des französischen Kabinetts

Bessere Aussichten für die große Koalition im Reiche – Dr. Frenken aus der Reichsregierung ausgeschieden
Kein steinernes Ehrenmal für die deutschen Kriegsopfer

Die Zustimmung des Reichsrats

Der Reichsrat stimmte (wie in einem Teil der Sonnabendausgabe bereits mitgeteilt) der Regierungsvorlage über die Ermächtigung zu den Locarno-Verträgen und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund mit 46 gegen vier Stimmen bei drei Stimmenthaltungen in erster und zweiter Lesung zu. Enthalten haben sich Hessen-Nassau, Bayern und Württemberg, gegen die Vorlage stimmten Ostpreußen, Pommern, Niederschlesien und Mecklenburg-Schwerin.

Wie begründet die Sozialdemokratie ihren Entschluß?

In der politischen Welt hat es nicht geringe Ueberraschung hervorgerufen, daß die Sozialdemokratie, die noch vor wenigen Tagen energisch den Sturz des „Rechtskabinetts Luther" verlangte, plötzlich sich bereit erklärte, für die Locarno-Vorlagen zu stimmen. Der „Vorwärts" begründet diese schnelle Schwenkung folgendermaßen: Den Ausschlag hätte die Erwägung gegeben, daß sich die Dinge anders entwickelten, als vorauszusehen war. Gegen den Eintritt in den Völkerbund hätte die sozialdemokratische Fraktion nicht stimmen können, ohne ihre Haltung im Inland und ganz besonders im Auslande den verhängnisvollsten Mißdeutungen auszusetzen. Für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund habe die Sozialdemokratie unablässig gewirkt. Den Eintritt in den Völkerbund habe auch die sozialistische Arbeiterinternationale auf das entschiedenste gefordert. Deutschlands Eintritt in den Völkerbund sei nach der Auffassung der englischen (!) Arbeiterpartei wichtiger als die ganzen Verträge von Locarno. Vor allem habe die englische Arbeiterpartei trotz ihres grundsätzlichen Festhaltens am Genfer Protokoll für die Verträge gestimmt, weil sie mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund untrennbar verbunden seien. Auch für die deutsche sozialdemokratische Fraktion sei es darauf angekommen, taktische Pläne von mehr innerpolitischer Bedeutung hinter die Erfordernisse der internationalen sozialistischen Einheit zurückzustellen.

Der Entschluß der sozialdemokratischen Fraktion sei durch die Erklärung der Regierung erleichtert worden, daß sie nach der Unterzeichnung in London ihre Demission geben werde.

Einmütig hinter Stresemann

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei trat am Sonntag im Reichstage zu einer aus allen Teilen des Reiches außerordentlich gut besuchten Tagung zusammen. Den Bericht über die politische Lage erstattete Reichsaußenminister Dr. Stresemann. In der Aussprache befürworteten einmütig alle Diskussionsredner, insbesondere die Vertreter der besetzten Gebiete, die Annahme des Vertragswerkes und verurteilten ausnahmslos das Verhalten der Deutschnationalen.

Unterzeichnung ohne Feierlichkeiten

Trotz des Ablebens der englischen Königinmutter Alexandra wird die Unterzeichnung des Locarnopaktes am 1. Dezember in London erfolgen, aber alle Feierlichkeiten, die für den 1. und 2. Dezember geplant waren, wurden abgesagt.

Die Woche der Entscheidungen

Dr. Luthers letzte Kanzlerrede

Reichskanzler Dr. Luther wird bereits heute die Erklärung der Reichsregierung über das Vertragswerk von Locarno vor dem Reichstag abgeben. In parlamentarischen Kreisen sieht man dieser Kanzlerrede mit großer Spannung entgegen, da man weiß, daß das Reichskabinett über eine Woche lang an der Formulierung dieser wichtigen Ausführungen gearbeitet hat, die

für die künftige Außenpolitik Deutschlands programmatische Bedeutung

haben wird. Im Vordergrund der Regierungserklärung dürfte der wiederholt von den leitenden deutschen Staatsmännern ausgesprochene Leitsatz stehen, daß das Vertragswerk von Locarno die Rückkehr Deutschlands zur Großmacht-Politik ebnen soll, und daß die eingegangenen Verpflichtungen in keiner Weise die deutschen Lebensinteressen beeinträchtigen. Deutschland werde jetzt sein Mitbestimmungsrecht an den großen europäischen Fragen zur Geltung bringen, und es trete mit dem Bewußtsein dem Völkerbund bei, als gleichberechtigte Macht von dem ihm zustehenden Einfluß Gebrauch zu machen. Nicht nur an Deutschland, sondern in erster Linie an den anderen Vertragsstaaten werde es liegen, eine

wirkliche Politik des Friedens

zu ermöglichen, durch die die ernsten Kriegsgefahren, in denen sich Europa seit dem Abschluß des Versailler Vertrages befindet, zu beseitigen.

Außenminister Dr. Stresemann wird erst am Dienstag in die Debatte eingreifen, nachdem der Aeltestenrat beschlossen hat, die Aussprache spätestens bis Mittwoch zu Ende zu führen. Im Hinblick auf die Erklärung der Deutschnationalen, die Locarno-Verträge mit den schärfsten parlamentarischen Mitteln zu bekämpfen, scheinen sich die gegenwärtigen Regierungsparteien mehr denn je dazu entschlossen zu haben, die Linksparteien zur parlamentarischen Front gegen die Locarno-Opposition heranzuziehen. In der großen Redeschlacht, die am Dienstag beginnen wird, dürften die Sozialdemokraten und die Demokraten Schulter an Schulter mit der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum kämpfen, so daß sie sich jetzt mehr denn je der Hoffnung hingeben können, auf die parlamentarischen Verhandlungen zur Neubildung der Reichsregierung entscheidenden Einfluß zu gewinnen. Aus diesem Grunde hält man heute in den parlamentarischen Kreisen tatsächlich die Möglichkeit der

Bildung einer Regierung der Großen Koalition

für gegeben. In Zentrumskreisen verlautet, daß diese nicht an dem Widerstand der Deutschen Volkspartei scheitern werde, wenn die Sozialdemokratie keine unannehmbaren Bedingungen für ihre Beteiligung am Reichskabinett stellen sollten.

Die Rede Dr. Luthers wird seine

Abschiedsrede als Kanzler

sein, denn es steht schon jetzt fest, daß er auf keinen Fall als Reichskanzler in die neue Regierung wiederkehren wird. Seine Kanzlerschaft war zu sehr mit der Rechtsorientierung der Regierungspolitik verknüpft, als daß er für eine mittelparteiliche Regierung oder gar für ein Kabinett der Großen Koalition als leitender Staatsmann in Frage kommen könnte. Dagegen scheint es sicher, daß man ihm wieder das Reichsfinanzministerium übergeben wird, das er vor seiner Kanzlerschaft mit der Anerkennung aller großen Reichstagsparteien geleitet hatte.

*

Der Reichsjustizminister geht

Amtlich wird mitgeteilt, daß Reichspräsident Hindenburg den Reichsminister Frenken in Genehmigung seines Entlassungsgesuches von seinen Aemtern als Reichsjustizminister und Reichsminister für die besetzten Gebiete entbunden hat.

Minister Frenken, ein Herr in hohem Alter, war bei der Zusammenstellung des Kabinetts Luther aus Köln, wo er Präsident des Oberlandesgerichts war, aus zwei Gründen weggeholt worden: einmal, weil man sonst niemand hatte, und dann, weil er dem „Zentrum nahestand". Wenigstens hatte Frenken das versichert. Das Zentrum war mit seiner Amtsführung ganz und gar nicht zufrieden, und als jetzt bekannt wurde, daß Frenken Bedenken gegen die Locarno-Verträge im Kabinett geäußert hatte, verlangte der Zentrumsführer Fehrenbach von Frenken den Rücktritt, um den der alte Herr sofort den Reichskanzler bat.

Painlevés Demission

Nachdem im Verlaufe der Sonntag-Nachmittagssitzung der Kammer der Artikel 5 der Regierungsvorlage zur Finanzsanierung, der die Rückzahlung der kurzfristigen Schatzbonds im Verlaufe von 25 Jahren vorsieht, mit 278 gegen 275 Stimmen von der Kammer abgelehnt worden war, hat die Regierung Painlevé demissioniert.

In politischen Kreisen Frankreichs nimmt man mit Bestimmtheit an, daß der kommende Ministerpräsident Briand sein wird.

*

(Wir hatten dem zweiten Kabinett Painlevé von vornherein keine lange Lebensdauer prophezeit, immerhin kommt, nachdem über das Finanzprogramm eine Einigung mit den Linksparteien erzielt war, sein Sturz überraschend. Den Ausschlag haben die Kommunisten gegeben, die am Vormittag bei der Abstimmung über einen neuen Zusatzantrag der Regierung sich der Stimme enthalten hatten, sich am Nachmittag aber gegen die Regierungsvorlage entschieden. Uns erscheint die erneute französische Kabinettskrise um deswillen bedeutungsvoll, weil sie den Beweis dafür erbringt, daß in Frankreich eine nur auf die Parteien der Linken gestützte Regierung eine Unmöglichkeit ist. Die Schriftl.)

Leidensgefährten

Es ist ein geringer Trost für uns, daß nicht nur Deutschland, sondern auch andere europäische Staaten an einem Mißverhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr leiden. Aber es gewährt immerhin eine interessante Befriedigung, solche Zahlen zu betrachten. Da ist z. B. Frankreich, ein Land, das wir um sein glückliches Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr noch vor einem halben Jahre beneiden konnten. Im August d. J. aber betrug seine Einfuhr 3297 Millionen Franken gegenüber einer Ausfuhr von 3255 Millionen. Fast hielten sich noch beide die Wage, obschon die Tendenz zur Passivität sich bereits in der Differenz von 44 Millionen ausdrückte. Die Zahlen stellen sich für September auf 4317 zu 3850, das Verhältnis ist also etwa 81 v. H. negativ, wobei zu bemerken ist, daß die Einfuhrsteigerung hauptsächlich Nahrungsmittel enthält, für ein von der Natur gesegnetes Land wie Frankreich ein bedenkliches Symptom!

Der englische Einfuhrüberschuß des Normaljahres 1913 betrug 133,9 Millionen Pfund Sterling, der des Jahres 1924 344,328 Millionen. Dies Reich gleicht das Passivum aber durch einen auf 370 Millionen geschätzten sonstigen Zahlungsüberschuß aus. Ob es seine Zahlungsbilanz weiter aktiv halten kann, wird aber in Frage gestellt, wenn man erfährt, daß der durchschnittliche Einfuhrüberschuß im Monat sich in diesem Jahre auf etwa 32 Millionen vermehrt hat, nämlich im ersten Vierteljahr 34,4 (1924: 23) und im zweiten 29,8 (1924: 22,7). Nicht anders ist es mit der Schweiz. Der sich steigernde Außenhandel zeigt ebenfalls Neigung zur Passivität. Die Einfuhr betrug im August 212, die Ausfuhr 152 Millionen Schweizer Franken, im September 230 und 178, das Verhältnis ist also etwa 77,4 v. H. Italien hat im September die Zahlen 1718,6 Millionen Lire für die Einfuhr und 1588,9 Millionen für die Ausfuhr; zwar also noch etwa 92½ v. H., aber absteigende Tendenz. Rechnet man dazu noch einige andere Länder, wie die östlichen Randstaaten und Rumänien, deren Exportverhältnis ebenfalls immer ungünstiger wird, so läßt sich feststellen, daß in Europa die Passivität der Handelsbilanz eine Epidemie ist, die freilich in unserem Deutschland die schlimmsten Formen angenommen hat.

Man kommt diesem Uebel unmöglich auf die Weise bei, daß man die Pforten des Handels gegenseitig mehr und mehr verschließt. Ein lebendigerer Austausch der Güter würde im Gegenteil nach allen Erfahrungen dem einzelnen Lande nur Nutzen und Vorteil bringen und das natürliche Verhältnis herbeiführen, das ehemals zu Wohlstand führte. Leider ist man von solcher Erkenntnis noch meilenweit entfernt. Bedauerlicherweise verlangt man allgemein von demjenigen Lande, das auch in dieser Beziehung am ungünstigsten dasteht, verlangt man von Deutschland, daß es das weiteste Entgegenkommen zeigt. Seit dreiviertel Jahren ziehen sich die Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Frankreich hin, das eifersüchtig jedes Industrieleimchen behütet und mit einer Ueberzahl Tarifpositionen die Erörterungen so überaus schwierig macht. So gönnt ein Land dem andern das Geschäft nur da, wo es selbst absolut nichts zu bieten hat, und übersieht die befruchtende Wirkung einer ausländischen Konkurrenz.

SLUB
Wir führen Wissen.